

Wer zahlt für den Franken?

Nachdem der Franken diesen Sommer gegenüber dem Dollar und dem Euro Rekordstärke erreichte, entschied die Schweizer Nationalbank zusammen mit der wirtschaftlichen und politischen Elite eine Kursuntergrenze von 1.20 Franken gegenüber dem Euro durchzusetzen. Dieser Schritt wird nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die konjunkturelle Unsicherheit in Europa und Amerika und die massive Staatsverschuldung in beiden Wirtschaftsräumen führte seit einem Jahr zu einer ständigen Stärkung des Franken gegenüber dem Dollar und dem Euro. Bis in diesem Sommer offensichtlich wurde, dass die Weltwirtschaft und die Finanzwelt wieder in die Krise rasselt, waren die Bürgerlichen praktisch einstimmig gegen Massnahmen, diesem Trend entgegenzuwirken. Zwar klagte die Exportwirtschaft bereits seit anfangs Jahr über schwindende Gewinnmargen, doch die Preisstabilität war den Banken und ihren politischen Vertretern wichtiger. Weiterhin galt das Mantra, dass die Nationalbank lediglich die Preisstabilität gewährleisten soll. Die Schweizer Nationalbank (SNB) wurde für ihren erfolglosen Versuch durch den Kauf von Euros, innerhalb von 2 Jahren verfünffachte die SNB ihre Eurobestände, den Franken zu schwächen, sogar noch heftig kritisiert. Doch als der Euro die Frankenparität beinahe erreichte, vollzogen die Bürgerlichen eine Kehrtwende. Nach der Absprache mit der Economiesuisse und dem Bundesrat verkündete die SNB, dass sie einen Mindestkurs von 1.20 Franken um jeden Preis verteidigen werde. Das heisst, sie produziert Schweizer Franken, um damit Euros zu kaufen und das so viel, wie halt nötig. Sie gab damit die Währungspolitik der letzten Jahrzehnte auf, die sich darauf fokussierte, die Preise im Land stabil, also die Inflation niedrig, zu halten. Praktisch die ganze Politik stellte sich hinter diesen Entscheid und die Linke fühlte sich bestätigt, da sie bereits vorher eine Kursuntergrenze 1.40 festsetzen wollte. Das Vorgehen der SNB scheint vorerst erfolgreich zu sein. Der Eurokurs steht seit dieser Ankündigung bei etwas über 1.20 Franken.

Problem gelöst?

Der offensive Schritt der SNB stellt eine Reihe von Fragen, welche momentan von den Schweizer Medien, Experten und Politikern gekonnt umgangen werden. Was heisst „um jeden Preis“ wirklich? Wird die SNB, auch wenn der Druck auf den Franken als sicheren Hafen sich weiter verschärft, wirklich unbegrenzt Franken in Umlauf bringen, um andere Währungen kaufen zu können? Wird sie 200 Mrd, 500 Mrd, 1000 Mrd Euros kaufen? Wird der hohe Euro-Bestand langfristig wegen seiner unsicheren Entwicklung nicht zu einer Hypothek? Kann sie genügend Wertschriften verkaufen, um dem Markt wieder Franken zu entziehen um damit inflationäre Tendenzen zu verhindern? Welche Auswirkungen hat ein zunehmender Verlust der SNB auf die Verschuldung der Schweiz? Wird die Untergrenze für den Wechselkurs tatsächlich die Spekulation mit dem Schweizer Franken unterbinden? Werden andere Länder nicht ähnliche Massnahmen anwenden, hat die Schweiz so nicht die nächste Runde internationaler Währungskriege ausgelöst? Auch wenn diese Fragen nicht eindeutig beantwortet werden können, sind sie doch unmittelbar mit der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung verbunden, so wird doch allzu deutlich, dass die Politik der SNB eine Kehrseite hat. Klar ist, dass auch wenn der Mindestkurs erfolgreich durchgesetzt werden kann, so ist der Franken immer noch massiv überbewertet. Nur ein Kurs von 1.40 Franken würde der voraussichtlichen Kaufkraftparität entsprechen, doch dies ist immer noch in weiter Ferne. Für die Exportindustrie ist das Problem damit zwar entschärft, aber keineswegs gelöst. Die SNB wird nun auf jeden Fall von den Märkten getestet werden, d.h., dass die 1.20er Grenze massiv durch Spekulanten angegriffen werden und die SNB gezwungen sein wird durch den massiven Kauf von Euros zu intervenieren. Wenn man Oswald Grübel, dem CEO der UBS, glaubt, wird es der SNB dabei sehr schwerfallen, dem Euroraum den gewünschten Wechselkurs aufzuzwingen. Ob die SNB durchhalten wird und kann, ist sehr fragwürdig. Zudem wird es für die SNB schwer werden, die überschüssig produzierten Schweizer Franken wieder abzuschöpfen. Eine relativ hohe Inflation ist unter anderem deshalb in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich. Wer für eine hohe Inflation bezahlen wird, hat der ehemalige Chefökonom der UBS, Klaus Wellershof, im Tages-Anzeiger klar ausgedrückt: „Was eine hohe Inflation bei uns bedeuten würde, ist den Wenigsten bewusst. Pensionierte, Mieter und Lohnabhängige würden massiv darunter leiden, Hauseigentümer viel weniger, denn deren Schulden würden durch die Inflation entwertet. Also würde es genau jene treffen, die heute schon unter der Krise leiden.“ Vorerst entschied sich die Linke zusammen mit der bürgerlichen Politik die Gefahr der Inflation und der Blasenbildung, der durch die Besitzenden angekündigten Deindustrialisierung der Schweiz, vorzuziehen. Einmal mehr wurde entschieden die Probleme weiter hinauszuschieben. Gelöst ist damit aber wenig. Die nächste Rationalisierungswelle in der Exportindustrie ist bereits am anrollen, sie wird auf Kosten der Lohnabhängigen sein. Die kapitalistische Wirtschaft zwingt uns einmal mehr, die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub auf.

Matthias Gränicher, Juso Sektion Winterthur.

Der Funke, Nr. 17, September 2011.

Funke, Der > Inflation. September 2011.doc.